

Stellungnahme des Rundes Tisches für Menschen mit Behinderungen zum Ersten Bericht „Auf dem Weg zu einer inklusiven Stadt“ 2012

Vorbemerkung

Die Stadtverwaltung hat zum Jahresende 2012 ihren ersten Bericht gemäß dem Auftrag des Rates (Drucksache Nr. 1967/2011) und der von ihr erarbeiteten Konzeption „Auf dem Weg zu einer inklusiven Stadt“ vorgelegt. Dieser Bericht ist – Prozess gemäß – zunächst dem „Runden Tisch für Menschen mit Behinderungen“ im November 2012 zur Erarbeitung einer Stellungnahme zugesandt worden.

Der „Runde Tisch“ hat dazu den Bericht zunächst in seiner Sitzung vom 12.12.2012 ausführlich debattiert und seine Bewertungen, Bemerkungen und Anmerkungen protokollarisch festgehalten.

Da nicht alle Mitglieder anwesend sein konnten und zudem teilweise eine vertiefte Beschäftigung erwünscht wurde, wurde zum einem die Möglichkeit einer nachträglichen schriftlichen Stellungnahme durch die Mitglieder vereinbart. Zum anderen wurden der Bericht, der erste Entwurf einer entsprechenden Stellungnahme dazu und die ergänzend eingereichte Stellungnahme in einer zweiten Sitzung am 13.02.2013 erneut erörtert.

Als Ergebnis wird nunmehr durch den „Runden Tisch für Menschen mit einer Behinderung“ folgende Stellungnahme abgegeben, zu der die einzelnen, gesondert eingereichten Positionen einzelner Mitglieder ausdrücklich ergänzend (Anlage) hinzugefügt werden:

1. Grundsätzliches

Der „Runde Tisch für Menschen mit einer Behinderung“ begrüßt ausdrücklich den vorgelegten Bericht der Verwaltung; er sieht im erreichten Umfang und der gewonnenen Differenziertheit eine grundsätzlich angemessene Bearbeitung der Thematik der Inklusion. Er anerkennt zudem eine Pionierrolle, die die Landeshauptstadt Hannover unter den Kommunen mit dem von ihr eingeleiteten Prozess einnimmt.

Zum Charakter des *ersten* Berichtes ist zudem die Bestandsaufnahme hervorzuheben, die deutlich macht, dass schon jetzt in Hannover eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit einer Behinderung erreicht werden konnten. Gleichzeitig bietet der Bericht eine gute Grundlage für die weitere Planung des inklusiven Prozesses.

Kritisch wird insbesondere angemerkt, dass im ersten Bericht allein Maßnahmen der Stadtverwaltung beschrieben sind. Dem fallen z. B. Bereiche wie das gesamte Tätigkeitsspektrum der Selbsthilfe und ihrer Organisationen zum Opfer; zudem sollte in zukünftigen Berichten (abschnittsweise) auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass sich das Leben und die anzustrebende vollständige Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung auch in Lebensbereichen abspielt, die nicht dem direkten Einfluss der Stadtverwaltung unterliegen, die aber einem Bericht über den Stand der erreichten Inklusion zugehörig sein müssen. Ausdrücklich genannt wurden

hierbei z. B. die Bereiche Arbeitsmarkt und Qualifizierung sowie die Hochschulausbildung.

Weiterhin wurde kritisiert, dass zahlreiche sachliche Darstellungen Barrierefreiheit allein im Sinne von Zugänglichkeit zu Angeboten, Dienstleistungen und Gebäuden begreifen. Dies sei vor dem Hintergrund der Inklusionsdebatte und der unterschiedlich ausgeprägten Form von Behinderungen nicht mehr zeitgemäß und müsse durch die Beachtung des Kriteriums der Nutzbarkeit sowie den dafür erforderlichen Hilfsmitteln (insbesondere z. B. bei Seh- oder Hörbehinderungen) ersetzt werden. Die Erfordernisse zur Ermöglichung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen sind erforderlichenfalls zu präzisieren.

Gewünscht wird, dass Disability Management als Teil von Diversity Management zu einem selbstverständlichen Bestandteil kommunalen Handelns in allen seinen Fachlichkeiten wird.

2. Form

Der „Runde Tisch für Menschen mit einer Behinderung“ kann die grundsätzliche Form und Gliederung des vorgelegten Berichtes nachvollziehen; gewünscht wird allerdings in zukünftigen Berichten eine stärkere Berücksichtigung weiterer Lebensbereiche (s. oben).

Darüber hinaus sollte angestrebt werden, in weiteren Berichten Wiederholungen zu vermeiden und insbesondere konkrete Zielsetzungen innerhalb der einzelnen Fachlichkeit sowie neu erreichte Ergebnisse (ggf. auch durch den Einsatz unterschiedlicher Stilelemente) deutlich zu machen und hervor zu heben. Erwünscht ist ausdrücklich auch, wo Schwierigkeiten bei der Ermöglichung des inklusiven Prozesses auftreten, denen (jedenfalls aktuell) nicht oder nicht ausreichend begegnet werden kann, diese deutlich zu machen.

3. Datenmaterial

Zu den im ersten Bericht enthaltenen Daten wird ganz grundsätzlich seitens des „Runden Tisches“ festgehalten, dass er der Auffassung ist, dass das in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen formulierte Ziel der gleichberechtigten Teilhabe und die entsprechende Umsetzung dieser Konvention *unabhängig* von der absoluten Zahl der Menschen mit einer (oder auch mehreren) Behinderung zu sehen und zu werten ist. Dies gilt selbstverständlich auch für differenzierte Anpassungen, die aufgrund von Lebenssituationen, die durch ganz unterschiedliche Behinderungsarten geprägt sind, auftreten.

Auch wenn gewisse Schwierigkeiten bei der Erhebung von Daten (zumal auf kommunaler Ebene) einzuräumen sind, ist festzuhalten, dass die im Bericht herangezogenen Daten der schwerbehinderten Statistik lediglich für den Nachteilsausgleich und den Kündigungsschutz Relevanz haben, ganz grundsätzlich aber nur einen eingeschränkten Teil der Menschen mit Behinderung widerspiegeln.

Weiterhin wird die Sorge formuliert, dass bei ausschließlicher Betrachtung der Zahlen als Planungsgrundlage möglicherweise die Umsetzung erforderlicher Maßnahme

ausbleiben könnte. dies würde gegen Sinn und Zweck der UN-Behindertenkonvention verstoßen. Der „Runde Tisch“ legt deshalb auch auf den Gesichtspunkt Wert, dass von Maßnahmen im Sinne der UN-BRK grundsätzlich alle Menschen in Hannover und zudem Besucherinnen und Besucher der Stadt mit und ohne Behinderung profitieren.

Gewünscht wird insbesondere, dass zum Stand der Umsetzung der inklusiven Beschulung und der inklusiven Betreuung in den Kindertagesstätten in weiteren Berichten differenzierteres Datenmaterial Aufnahme findet.

4. Themenbereiche und weiterer Prozess

Der „Runde Tisch“ erkennt an, dass die wichtigsten Themenbereiche im ersten Bericht Aufnahme finden.

Für den weiteren Prozess – und damit auch die Darstellung in zukünftigen Berichten – wird ergänzend insbesondere die Aufnahme folgender Aspekte für wünschenswert gehalten:

4.1 Wohnen

- eine stärkere Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Trägern von Wohnprojekten alternativer Wohnformen, die ein Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung ermöglichen
- eine Verstärkung kommunalen Engagements im Hinblick auf die Erhaltung und Schaffung bezahlbaren und barrierefreien Wohnraums.

4.2 Bildung

- eine laufende Überprüfung des Ausbaus eines bedarfsgerechten Angebotes integrativer Kinderbetreuungsangeboten in den einzelnen Stadtteilen,
- eine Überprüfung der Situation von Studentinnen und Studenten mit Behinderungen und möglicher Unterstützungsleistungen, z. B. der Universität, aber auch im Rahmen der Eingliederungshilfe
- eine Verstärkung der Aktivität und Information durch den Schulträger bzgl. der Umsetzung der inklusiven Beschulung
- eine Überprüfung von Angeboten im Bereich des lebenslangen Lernens, bezogen auf die Barrierefreiheit im Sinne von Zugänglichkeit und Nutzbarkeit.

4.3 Sport und Events

- eine Überprüfung der Freizeitangebote im Hinblick auf Barrierefreiheit im beschriebenen, erweiterten Sinn
- eine verstärkt inklusive Gestaltung der Kinderferienpass-Aktion der Stadt.

4.4 Kultur

- eine erweiterte Überprüfung des Begriffes Barrierefreiheit im bereits genannten Sinne.

4.5 Der Themenbereich berufliche Ausbildung, Arbeit und Qualifizierung sollte in einem der nächsten Berichte gesondert aufgegriffen werden.

4.6 Noch immer wird das „Persönliche Budget“ zu wenig genutzt. Um die Erforschung der Ursachen wird gebeten.

Der „Runde Tisch für Menschen mit einer Behinderung“ in Hannover sieht ganz grundsätzlich den eingeschlagenen Weg zur Förderung und zum Ausbau inklusiver Möglichkeiten und Angebote als Weg zur rechtlich verpflichtenden und moralisch unerlässlichen gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung in allen Lebensbereichen. Er ist sich bewusst, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn alle Handlungsträger in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und dem gesamten öffentlichen Leben sich dieser Verantwortung stellen und ihren jeweils eigenen Beitrag leisten!